

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Politik ist keine Harmonie-Veranstaltung. In der Politik-
so habe ich sie immer verstanden – geht es um das
Ringeln um den richtigen Weg. Mit diesem Haushalt,
Herr Bürgermeister, verehrte Kollegen der
Mehrheitsfraktion, sind Sie nicht auf dem richtigen Weg.
Es gibt in mehreren Punkten deutliche
Meinungsunterschiede.

In einem Punkt sind wir uns einig: Die Aussage, dass
die Stadt eher ein Einnahmeproblem als ein
Ausgabeproblem hat, stimmt leider immer noch. Es ist
denen zuzustimmen, die eine grundlegende Reform der
Kommunal Finanzen fordern. Hier sind der Bund und vor
allem das Land gefragt.

Ich erinnere mich noch gut an die Vorwürfe, die in
diesem Raum der SPD-geführten Landesregierung vom
Bürgermeister und der Mehrheitsfraktion gemacht
wurden. Es wurde eine mangelnde Finanzausstattung
angeprangert. Ich frage: Was hat sich bis heute unter
der CDU/FDP Regierung geändert? Die Antwort ist
kurz: Nichts.

Zwei Beispiele führe ich an: Das Kinderbildungsgesetz – KiBiZ genannt – hat den Kommunen zusätzliche Kosten aufgebürdet. Die Übermittagbetreuung ist ebenfalls nicht kostenlos. Und ohne eine Mensa ist Übermittagbetreuung am Schulzentrum nicht vorstellbar. Kosten in Bedburg für drei Schulen ca. 1,3 Millionen Euro, Zuschuss des Landes lediglich 300.000 Euro.

Die Stadt hat in der Vergangenheit gespart – auch mit Unterstützung der SPD-Fraktion. Dies geschah selbst dann, wenn Überschüsse ausgewiesen wurden. Wir haben uns unserer Verantwortung gestellt.

Heute stellen wir fest: Der Gesamtergebnisplan weist für das Jahr 2009 ein Defizit in Höhe von 2,8 Millionen Euro aus und bis 2011 negative Jahresergebnisse mit fallender Tendenz. Erst für 2012 wird ein positives Jahresergebnis prognostiziert. Doch die Bürger fragen sich: Wie realistisch sind diese Zahlen?

Die „Finanzkrise“ hat in diesem Haushalt nicht ihren Niederschlag gefunden. Es wird sogar noch mit steigenden Steuereinnahmen im Finanzplanungszeitraum gerechnet. Da verkündet die Bundeskanzlerin, die beiden nächsten Jahre würden hart. Da überbieten sich die Institute, schrumpfende Wirtschaftsleistung zu prognostizieren. Da ist es wahrscheinlich, dass auch die Städte die Lasten der

Konjunkturpakete zu tragen haben. Die „Finanzkrise“ in Bedburg findet anscheinend nicht statt.

Aber auch ohne deren Auswirkungen werden die Zahlen der Finanzplanung nicht Bestand haben. Laut Aussage der Verwaltung sind folgende Kosten nicht enthalten:

1. Übernahme des Bauamtes und des Jugendamtes vom Rheinerftkreis, sie wurde beschlossen zum 01.01.2011
2. den damit verbundenen Neubau des Rathauses bzw. die Erweiterung des Rathauses Kaster
3. die Auswirkungen der städtebaulichen Wettbewerbe Kaster und Bedburg
4. die Umwandlung des Tennenplatzes Bedburg in einen Kunstrasenplatz
5. die Einstellung eines Beigeordneten und eines Stadtplaners sowie einer zusätzlichen Kraft zur Einrichtung einer Vergabestelle
6. die Auswirkungen und erheblichen Investitionen der Gewerbeansiedlung im Industriegebiet Mühlenerft.

Andere Städte haben sich zum Ziel gesetzt, die Verschuldung mindestens herab zu setzen. Bedburg setzt eins drauf. Die Schulden steigen kontinuierlich.

Für 2009 ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 3,7 Millionen Euro geplant. Von Ende 2008 bis Ende 2009 steigen die Verbindlichkeiten von 32,9 Millionen Euro auf 56,1 Millionen Euro. Die im Haushalt nicht veranschlagten Investitionen (Punkte 1 – 6) lassen befürchten, dass in Zukunft die Verschuldung weiter steigen wird.

Vor diesem Hintergrund können wir den Beschluss, die Grundsteuer B für ein Jahr um 15 Prozentpunkte zu senken, nicht nachvollziehen. Der Rat hatte für eine eventuelle Senkung klare Vorgaben gemacht. Diese sollte erfolgen, wenn die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen nachhaltig übersteigen. Dies ist im vorgelegten Haushaltsplan nicht zu erkennen. Folgerichtig weist der Kämmerer darauf hin, dass eine Veränderung der Hebesätze der Grundsteuer im Haushaltsjahr 2009 nur entschieden abgelehnt werden könne. Auch die derzeit publizierten Wirtschaftsdaten gäben zu einer Senkung keinerlei Anlass.

Doch davon haben Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, sich nicht beeindrucken lassen. Wie die Lemminge sind Sie dem FDP-Antrag gefolgt. Die Kommunalwahl 2009 lässt grüßen.

Wie die Senkung um 1 Euro pro Monat und Haushalt die lokale Wirtschaftskraft steigert, das erklären Sie

doch bitte einmal den Bürgerinnen und Bürgern. Die können durchaus rechnen.

Die SPD-Fraktion hat bei den Haushaltsberatungen im März diesen Jahres vor allem Anträge in den Bereichen Bildung und Soziales eingebracht. Konkret waren dies u. a. die Verstärkung der Jugendarbeit und der Bau einer Mensa am Schulzentrum. Das, Herr Bürgermeister, verehrte Kollegen der Mehrheitsfraktion, haben sie damals abgelehnt. Nunmehr beantragen Sie selbst und lassen sich deswegen feiern. Dies ist nichts weiter als eine Art von politischer Produktpiraterie auf dem Hintergrund Ihres Wahlkampfes.

Erfreulich ist, dass unser Antrag auf Einführung der Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr eine Mehrheit gefunden hat. Schade ist, dass die sukzessive Einführung weiterer Beitragsfreiheit von Ihnen, verehrte Kollegen der Mehrheitsfraktion, öffentlich ins Lächerliche gezogen wird, getreu dem Motto: „Träum' schön weiter.“ Ich darf Ihnen darauf mit einem Zitat von Victor Hugo antworten „Ein Traum ist unerlässlich, wenn man die Zukunft gestalten will.“

Mit der Ablehnung der sukzessiven Beitragsfreiheit hat man die Chance verpasst, nicht nur ein mutiges Signal in Richtung „Familienfreundlichkeit“ setzen zu können. Man wäre auch den dringlichen Hinweisen des Demographieberichtes nachgekommen, die genau auf diesen Bereich abzielen. Fragen Sie sich doch einmal

selber, ob Sie eine Steuersenkung von 1 Euro monatlich werbewirksamer für Bedburg halten als einen beitragsfreien Kindergarten.

Sie, Herr Bürgermeister, verehrte Kollegen der Mehrheitsfraktion, setzen Zeichen mit zwei außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von fast einer halben Million Euro. Das Gebäude Lindenstraße 4, besser bekannt als TOOM-Markt, kostete die Stadt in 2008 außerplanmäßig mindestens 475.000 Euro mehr. Der Brandschutz soll's gewesen sein.

Ich erinnere mich noch gut, als Sie Herr Bürgermeister, und Sie, verehrte Kollegen der CDU, 2007 nach dem Desaster den Retter der Immobilie, den Betreiber eines Bowling Centers, aus dem Hut zauberten. Es wurde ein Vertrag geschlossen, der die Stadt viel Geld gekostet hat und auch heute noch viel kostet. Ob und wenn ja, wann und wie viel Miete an die Stadt gezahlt wird, bleibt trotz öffentlicher Nachfrage unklar.

Der Brandschutz scheint die Stadt zu verfolgen. Haben wir doch gerade erst 400.000 Euro in das Schloss investiert. Augenscheinlich ist die Renovierung wirklich gelungen. Aber was der Brandschutz kostet, ist noch lange nicht geklärt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer glaubt, dass die Besitzerin des Schlosses die vollen Kosten übernimmt, wird wohl eines besseren belehrt werden.

Möglicherweise warten einige von Ihnen gespannt auf einen Deckungsvorschlag für ein weiteres beitragsfreies Kindergartenjahr. Abgesehen davon, das egal welche Vorschläge wir hier geben, wir die Ernsthaftigkeit Ihres Umgangs damit bezweifeln, sind wir der Auffassung, dass ein beitragsfreier Kindergarten finanzierbar ist – der politische Wille vorausgesetzt. Es sind Einsparungen und Umschichtungen von rund 0,8% erforderlich. Und das für den Haushalt im Jahr 2011. Für den Haushalt 2009 und 2010 fallen die Summen noch kleiner aus.

An dieser Stelle muss ich auf einen Sparbeitrag der CDU-Fraktion eingehen. Er ist einmalig und beschämend.

Es geht um einen Zuschuss in Höhe von 10.000 Euro zum Bau von Sanitäranlagen. Der Fußballverein SV Kaster 1993 e.V. ist vor alle durch seine hervorragende Jugendarbeit bekannt. Ca. 140 Kinder und Jugendliche – Jungen wie Mädchen – sind im Verein aktiv. Trainer und Eltern fördern und begleiten sie. Die CDU-Fraktion hat doch allen Ernstes den Antrag des SV Kaster 1993 e.V. auf einen Zuschuss in Höhe von 10.000 Euro zum Bau von Sanitäranlagen abgelehnt. Sie begründete dies mit dem Sportstättenbedarfsplan. Dieser hat bei allen vorherigen Entscheidungen nie eine Rolle gespielt.

Ich empfehle da einmal den Blick ins Protokoll des Ausschusses für Struktur und Stadtentwicklung vom

14.06.2005, hier den einstimmigen Beschluss zu TOP 9.

Fällt es Ihnen wirklich so schwer einem SPD Antrag zuzustimmen? Man kann sich manchmal nicht des Eindrucks erwehren, dass Sie aufgrund der Mehrheitsverhältnisse eine gewisse Art von Siegermentalität an den Tag legen.

Was, meine Damen und Herren von der CDU, haben Sie vor? Wollen Sie die Anzahl der Fußballplätze im Stadtgebiet reduzieren? Wollen Sie den SV Kaster 1993 e.V. als Mittel zum Zweck benutzen, um die Schließung des Sportplatzes in Lipp voranzutreiben?

Dem Ruf der Stadt Bedburg als kinder- und jugendfreundliche Stadt haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, mit der Ablehnung des Zuschusses in Höhe von 10.000 Euro einen Bärendienst erwiesen.

Auch wenn Sie es nicht mehr hören können Herr Dr. Kippels: Ich will ein weiteres Thema ansprechen, was bei Kindern und Jugendlichen hoch im Kurs steht, vor allem im Sommer: das Freibad.

Im Haushaltsplan sind zwar für das Jahr 2010 Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 358.000 Euro eingestellt. Wer daraus schließt, das Freibad sei gerettet, irrt.

Es handelt sich lediglich um eine planerische Darstellung. Was mit dem Freibad nach 2009, nach der

Kommunalwahl, passiert, ist unklar. Da ist es für die Bedburger Bürger interessant zu lesen, Herr Schmitz, dass Sie in Ihrem Parteiblatt eine Erweiterung des noch nicht einmal bestehenden Wellness-Palastes als Alternative zum jetzigen Freibad ins Spiel bringen. So wie Ihre Kollegen auf Bundesebene die SPD mit der Forderung nerven ein klares Bekenntnis zu ihrem Verhältnis zur Linken zu geben, so werden wir Sie mit der Aufforderung nerven endlich ein klares Bekenntnis zum Freibad zu geben.

Klar ist allein, dass die bilanziell gebildeten Instandhaltungsrückstellungen für das Freibad ergebnis- und haushaltsverbessernd aufgelöst werden können. Der Bürgermeister selbst hat das Verfahren in seiner Haushaltsrede am Beispiel der Multihalle erläutert. Spätestens seit dem Finanzdebakel um die Erftland wissen wir ja, wie man die Millionen jonglieren kann.

Das größte Risiko, das wir auf die Stadt Bedburg zukommen sehen, ist das Sauna- und Wellnessparadies auf dem Kasterer Acker. Allein die Stadt trägt das volle Risiko von 18 Millionen Euro. Wer dies für gelungen hält, kennt nicht die realen Sorgen der Menschen.

Herr Bürgermeister, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede gesagt, dieses Bad schlägt im Haushalt nicht zu Buche. Das sehen wir anders. Wir finden, dass

1. 250.000 € für den Kanalbau

2. 285.000 € für den Lärmschutz
3. 360.000 € für den Kreisverkehr
4. 550.000 € für den Parkplatz, ursprünglich

kalkuliert mit

280.000 €

5. 65.000 € für Ingenieurleistungen

Gesamt 1.515.000 €

den städtischen Haushalt belasten.

Die Aufwendungen, die die Stadt für das Bad ab 2010 jährlich aufbringen muss, sind nicht ohne. Sie, Herr Bürgermeister, nennen da gerne eine Zahl, die so niedrig ist, dass man es kaum glauben kann. So geschehen bei der Lokalen Agenda in Kaster: „337.000 €, aber dafür ein paar Risiken“.

Meine verehrten Damen und Herren, lassen Sie sich nicht irritieren. Das ist ein rechnerischer Wert. Tatsächlich finden Sie im Haushalt die Aufwendungen wie folgt:

1. 2010 = 623.550 €
2. 2011 = 988.400 €
3. 2012 = 761.823 €.

Nach meiner Erinnerung hatten wir da mal eine Deckelung, die zum einen überschritten wird und zum anderen weniger Leistung für's Geld bedeutet. Erinnern Sie sich noch?

Zuletzt haben wir uns am 24.06.2008 mit den Kosten für das Sauna- und Wellnessparadies beschäftigt. 1 Million Euro teurer ist es geworden, u. a. wegen gestiegener Rohstoffpreise, hier insbesondere der des Stahls. Ich frage Sie; Herr Bürgermeister, wie viel wird das Bad jetzt billiger, nachdem die Rohstoffpreise so gefallen sind?

Wer diese Zahlen sieht und das finanzielle Risiko der Stadt bedenkt, möge sich fragen, warum der Vorschlag der SPD, Grundstücke zu verkaufen und vom Gewinn ein normales Hallenbad in unmittelbarer Nähe zu den Schulen zu bauen, so abwegig war.

Die finanzielle Risikobereitschaft von Bedburg scheint sich herumgesprochen zu haben. Selbst Nachbarkommunen wie Bergheim nutzen dies. Bergheim kooperiert mit uns bei der Vermarktung des Industriegebietes Mühlenerft für die Ansiedlung von Sany. Das wäre gelungen, wenn nicht Bedburg in Vorleistung ginge und z. B. allein den Kreisel an der L 116 zahlt. Die Zeit, bis die erste Gewerbesteuer fließt und ein Ausgleich erfolgt, ist noch lang.

Sage und schreibe vier Jahre sind ins Land gegangen, Herr Bürgermeister, bis der im Jahr 2004 gemeinsam herbeigeführte Ratsbeschluss zur Verlegung des Bahnhofes an die Lindenstraße aus dem Dornröschenschlaf erweckt wurde.

Vor einigen Monaten wurden uns Kosten präsentiert, die diese Variante als die teuerste ausweist. Und das zu einem Zeitpunkt, da die finanzielle Förderung durch Kreis und Land in greifbare Nähe gerückt ist. Sollte es nicht zur Verlegung des Bahnhofes an die Lindenstraße kommen, droht kostenmäßig doppeltes Ungemach. Zum einen müsste die Stadt die Verlegung an einen anderen Standort selbst bezahlen. Zum anderen müssten Gelder an den Kreis zurückgezahlt werden. Wir begrüßen es, wenn in dieser Angelegenheit bald Klarheit herrscht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Kommunalpolitik ist spannend. Sie kann sogar Spaß machen. Gäbe es da in Bedburg nicht diesen Wermutstropfen.

Zu immer mehr Themen verstecken Sie, Herr Bürgermeister, sich bzw. Ihre Politik in der Nichtöffentlichkeit. Und das bei Themen, die in den Nachbarkommunen längst öffentlich diskutiert werden. Dass Stadtverordnete und Bedburger Bürger Transparenz wollen und ein Anrecht darauf haben, das sollten Sie doch mittlerweile wissen und zumindest aus dem Forum der Stadt Bedburg entnommen haben. Sie gehören ja dort zu den emsigsten Schreibern.

Ihr eigener Fraktionsvorsitzender musste Sie in der Haushaltsberatung am 02.12.2008 drängen zu sagen, was längst alle wissen: Die Stadt will die Tennishalle Kaster kaufen. Sie selbst, Herr Bürgermeister, haben im

Sommer den Themenkomplex öffentlich kommuniziert. Interessierte finden die Beiträge im Internet. Wer nicht selber suchen will, erhält von uns auf Anfrage den Link.

Das ist ein starkes Stück, Herr Bürgermeister, sich selbst nicht an die Regeln zu halten, von anderen aber Schweigegelübde zu verlangen.

Kurz: Es herrschen an vielen Stellen Misstrauen und Ignoranz. Das ist keine gute Basis für die gedeihliche Weiterentwicklung der Stadt. Es ist doch allzu verständlich, wenn die Menschen nicht nur in Kaster wissen wollen, ob und wann die Tennishalle abgerissen wird. Wenn Sie, Herr Bürgermeister, meinen, dass die Bevölkerung jeden Ihrer Abriss-Birnen-Klöse schluckt, verkennen Sie die Verdauungskraft der Bedburger.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Wenn Sie jetzt sagen, das ist aber dick aufgetragen, habe ich ein anderes Beispiel bereit. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit wurde jüngst selbst die Einrichtung einer Bedburger Tafel nichtöffentlich beraten und beschlossen. Alle Fraktionen haben zugestimmt. Ein Schelm, der Böses dabei denkt, wenn am Tag danach die CDU groß mit der Bedburger Tafel in der Presse erscheint. Sie instrumentalisieren damit ungefragt all die Bürger, die sich unabhängig und ehrenamtlich für diesen guten Zweck einsetzen. Haben Sie das wirklich nötig?

Es wird Zeit, dass sich was ändert. Es wird vor allem Zeit, dass eine vertrauensvolle Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger von Bedburg wieder möglich wird. Dafür setzt sich nicht nur die SPD ein, sondern auch ich persönlich und von ganzem Herzen.

Dem Haushalt 2009 können wir aufgrund der dargelegten gravierenden Meinungsunterschiede nicht zustimmen, und Sie können uns glauben: Wir sind uns der Tragweite dieser Entscheidung durchaus bewusst.

Abschließend bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die mit der Aufstellung des Haushaltsplans beschäftigt waren. Der Dank gilt auch denjenigen, die ihre Arbeit vor Ort- egal ob im Büro oder draußen in der Grünanlage – ordentlich geleistet haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.

Heike Steinhäuser

Fraktionsvorsitzende der SPD Fraktion